

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend- und Soziales	Drucksachen-Nr. 345/2008
Mitteilungsvorlage	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nichtöffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Sozialausschuss	11.06.2008

Tagesordnungspunkt

Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen, Spätaussiedler/innen und Menschen in Wohnungsnot in städtischen Unterkünften im Jahr 2007

Inhalt der Mitteilung:

@->

I. Allgemeines

Das Jahr 2007 war für dieses Arbeitsfeld geprägt durch verschiedene einschneidende Entwicklungen: einerseits traten angekündigte gesetzliche Änderungen bezüglich der Aufenthaltssituation und finanziellen Versorgung der Flüchtlinge in Kraft, andererseits führten andere Umstände zu Veränderungen innerhalb des Fachbereichs 5 und einer Neuausrichtung der ehemaligen Produktgruppe 502.

Anfang Januar waren in 15 Unterkünften an 8 Standorten 205 ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 2 Unterkünften an einem Standort 9 Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten sowie in 10 Notunterkünften an 6 Standorten 91 Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also **305 Personen in städtischen Unterkünften**.

II. Asylbewerber/innen

Im Lauf des Jahres mussten 8 neue Asylbewerber/innen, dazu 6 Rückkehrer/innen, die schon einmal gemeldet waren, in den städtischen Unterkünften untergebracht werden. Demgegenüber waren 86 Auszüge zu verzeichnen, davon 76 in Wohnungen, eine Rückführung in die Heimat und 8 mit unbekanntem Ziel. Innerhalb der städtischen Unterkünfte wurden aus verschiedenen Gründen 37 Personen umgesetzt.

Am Jahresende waren noch 133 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in städtischen Unterkünften untergebracht. Die Zahl der Asylanträge insgesamt ist im vergangenen Jahr auch bundesweit weiterhin stark zurückgegangen. Derzeit liegt die Zuweisungsquote für Bergisch Gladbach bei 10 Per-

sonen. Es ist zu erwarten, dass dieser Trend konstant bleibt, soweit nicht irgendwo auf der Welt ein neues Krisengebiet entsteht.

III. Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion

Bei den Spätaussiedler/innen und jüdischen Migrantinnen und Migranten war die Zahl zum Anfang 2007 auf 10 zurückgegangen (davon 1 Spätaussiedler). Allerdings stellte das Innenministerium zwischenzeitlich fest, dass sich die Quoten der Gemeinden in NRW auf Grund von Verwaltungsmängeln der Bezirksregierung Arnsberg nicht wie vorgesehen soweit wie möglich gleichmäßigen 100 % angenähert hatten, so dass den Gemeinden mit geringerer Quote verstärkt Personen zugewiesen wurden.

Daher kamen bis Ende des Jahres 32 neue Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten nach Bergisch Gladbach, dazu 3 Rückkehrer/innen, die schon einmal gemeldet waren, von denen jedoch ein großer Teil bereits wieder in privaten Wohnraum vermittelt werden konnte. Demgegenüber waren insgesamt 28 Auszüge zu verzeichnen, so dass die Belegung am Jahresende bei 17 Personen liegt (davon 7 jüdische Migrantinnen und Migranten).

Die weitere Zugangsentwicklung ist schwer zu prognostizieren, da entscheidend ist, wie viele Personen dieser beiden Gruppen insgesamt sich auf den Weg nach Deutschland machen werden. Die russische Regierung hat mittlerweile begonnen, Gegenmaßnahmen (z.B. finanzielle Anreize) zu weiteren Abwanderungen zu ergreifen. Auch gibt es Bestrebungen der Politik, die jüdischen Migrantinnen und Migranten verstärkt nach Israel statt nach Deutschland zu leiten. Die aktuelle Zuweisungsquote für Bergisch Gladbach liegt bei 75 Personen.

IV. Menschen in Wohnungsnot

Der Bestand der Personen, die in Notunterkünften untergebracht wurden, ist über das Jahr gesehen ungefähr gleich geblieben: von 91 Personen Anfang Januar zu 95 Personen Ende Dezember. Allerdings beinhaltet diese Entwicklung über das Jahr verteilt 81 Zugänge und 77 Auszüge (davon 52 in privaten Wohnraum) sowie 27 Umzüge innerhalb der städtischen Unterkünfte.

Nicht dokumentiert sind ca. 50 Personen, die aus verschiedenen Gründen nach der Möglichkeit der Unterbringung in städtischen Unterkünften fragten, aber nach den Beratungsgesprächen doch Alternativen fanden bzw. sich nicht mehr meldeten.

In 2007 waren 49 Zwangsräumungstermine durch das Amtsgericht angesetzt worden. Diese Zahl bewegt sich eher im unteren Bereich des sonst üblichen Jahresdurchschnitts. Die Fluktuation innerhalb der städtischen Notunterkünfte resultiert zunehmend aus der Beseitigung von drohender Obdachlosigkeit von Einzelpersonen, die nicht durch eine Zwangsräumung der Wohnung entstanden ist.

In der Regel handelt es sich dabei um jüngere, männliche Personen zwischen 18 und 30 Jahren. Diese werden entweder aus dem Haushalt der Eltern verwiesen, oder können nicht mehr bei Freundinnen oder Freunden wohnen. In der Hauptsache geht es dabei auch um die notwendige Meldeanschrift, ohne die z. B. ein Leistungsbezug nicht möglich ist.

Zusätzlich steigt aber auch der Zulauf von Obdachlosen aus der ortsansässigen Psychiatrie, den Suchtkliniken und Hilfseinrichtungen für betreutes Wohnen. Dieser Personenkreis wird immer problematischer, weil die Unterbringung in einer Notunterkunft die Schwere der psychischen Erkrankung oft noch verschlimmert.

Die städtische Notunterkunft kann hier keinesfalls als eine „Ersatzpsychiatrie“ für jene Fälle fungieren, die aus den Facheinrichtungen wegen mangelnder Krankheitseinsicht entlassen wurden oder weil sie dort nicht tragbar waren, bzw. wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht weiterbehandelt werden konnten.

Die hieraus entstehende Belegungsstruktur in den Unterkünften wird zunehmend problematischer und gefährdet die dort agierenden Mitarbeiter/innen. Sollte sich diese Problemlage weiter in diese Richtung entwickeln, müssten personelle und strukturelle Änderungen erarbeitet werden, um den Anforderungen gerecht werden zu können.

V. Zusammenfassung

Ende 2007 waren in 15 Unterkünften an 8 Standorten noch 133 ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 4 Unterkünften an zwei Standorten 17 Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten sowie in 10 Notunterkünften an 6 Standorten 95 Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also **245 Personen in städtischen Unterkünften**.

Auf Grund dieser Entwicklungen war es möglich, das Unterkünftekonzept hin zu geringeren vorzuhaltenden Platzzahlen neu auszurichten. So konnte die Anmietung zusätzlicher Objekte in Bensberg für die Unterbringung von Migrantinnen und Migranten und Spätaussiedler/innen beendet werden. Darüber hinaus konnte wie geplant das Gelände im Diakonissenweg dem Fachbereich 8 zur Vermarktung übergeben und die Aufgabe weiterer Unterkünfte mit gleichem Ziel in Aussicht gestellt werden.

Die aktuelle Konzeption sieht mittelfristig die Bereitstellung von rund 480 geeigneten, sofort belegbaren Plätzen, für die Unterbringung von Asylbewerber/innen, Migrantinnen und Migranten, Obdachlosen und Spätaussiedler/innen vor. Im Rahmen der Kooperation mit dem FB 8 werden dafür einige bestehende Objekte renoviert bzw. erneuert, andere dafür zur Vermarktung zur Verfügung gestellt, um den bestehenden Überhang von Plätzen zu beseitigen, der Finanzlage der Stadt Bergisch Gladbach Rechnung zu tragen und einen einheitlichen Qualitätsstandard der genutzten Unterkünfte zu gewährleisten.

Dazu gehört neben dem baulichen Zustand auch weiterhin die Reservierung von Räumlichkeiten, in denen bei Bedarf externe Anbieter wie z. B. das Netzwerk Wohnungsnot oder ehrenamtliche Betreuer der Kirchen oder anderer Initiativen zusätzliche vor Ort sinnvolle Betreuungsangebote bereitstellen können.

<-@